

61-7-I-20

AntragstellerInnen: AStA Leibniz Uni Hannover

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Gegen die neuen Polizeigesetze

1 In ganz Deutschland werden neue Polizeigesetze diskutiert und verabschie-
2 det. Auch wenn diese von Bundesland zu Bundesland etwas unterschiedlich
3 sind; gemeinsam haben sie, dass die Befugnisse der Polizei massiv ausgeweitet
4 werden. Offiziell soll diese Novellierung der Terrorismusabwehr dienen. Doch
5 dahinter verbirgt sich noch viel mehr. Denn aus statistischer Perspektive ist
6 die Gefahr von Terrorismus in Europa und Deutschland gering, doch die Angst
7 vor der fremden, unkontrollierbaren Gefahr steht hoch im Kurs und bereitet
8 rassistischen Ausschreitungen einen Nährboden in der Gesellschaft.

9 Wir wünschen uns alle eine Welt ohne Gewalt. Gewalt muss jedoch politisch
10 betrachtet werden und dabei fällt auf, dass es gerade rechte, konservative und
11 neoliberale Ideologien und ihre Auswirkungen sind, die am meisten Gewalt
12 produzieren – ganz vorne dabei: völkischer Nationalismus, Kapitalismus und
13 Patriarchat. Diese lassen sich jedoch nicht durch eine einseitige Verstärkung
14 des Gewaltmonopols und seiner Zwangsinstitutionen beseitigen. Ganz im Ge-
15 genteil: Der Staat und seine Institutionen spielen bei diesen Ideologien eine
16 tragende Rolle und eine Stärkung der Polizei wird die autoritären Tendenzen
17 der Gesellschaft noch zusätzlich befeuern. Auch deswegen lehnen wir den Staat
18 als Herrschaftsinstrument entschieden ab. So kann und soll das neue Polizei-
19 gesetz politische Gegner*innen noch weiter auf Distanz halten und schon auf
20 Verdacht bekämpfen. Dies wird auch Folgen für antikapitalistische, antiau-
21 toritäre, feministische Kämpfe und damit Verbundene kritische Wissenschaft
22 haben. Deutlich wird das nun zum ersten mal in NRW, wo die Polizei friedliche
23 Baggerbesetzer*innen mehr als ein Tag in Haft nahm, indem sie sich auf das
24 neue Polizeigesetz berief.

25 Dass kapitalistische Gesellschaften krisenhaft sind, ist kein Geheimnis. Schließ-
26 lich besteht eine systematische Notwendigkeit, Profit zu maximieren und Ka-
27 pital zu verwerten. Die moderne Version davon ist der neoliberale Abbau des
28 Sozialstaats, der immer mehr günstige Arbeitskräfte schaffen soll, um die Wett-
29 bewerbsfähigkeit Deutschlands zu erhalten. Dass dabei Menschen in die Preka-
30 rität gedrängt werden und in Armut, Vereinzelung und Elend leben, ist dabei
31 von nebensächlichem Interesse für Politik und Wirtschaft. Dies zeigt jedoch
32 umso deutlicher, dass der Kapitalismus nicht für die Bedürfnisse der Menschen
33 gemacht ist und es allen Grund gibt, dagegen zu protestieren.

34 Die Vereinzelung und Konkurrenz zwischen allen Menschen löst dabei berech-
35 tigterweise Verunsicherung aus. Statt jedoch für eine Gesellschaft zu streiten,
36 in der alle ohne Angst verschieden sein können, treten immer mehr autoritäre
37 Sehnsüchte auf. Sie drücken sich in den Wünschen nach einem starken Staat
38 aus – einem Staat der durchgreift. Dieser Wunsch nach dem starken Staat,
39 der von der Polizei vertreten wird, zeigt die Ambivalenz der Rolle der Polizei:
40 nicht nur Freund*in und Helfer*in, sondern auch Institution von Gewalt und
41 Zwangsmaßnahmen. Insbesondere bei Abschiebungen, Zwangsräumungen und
42 Gefängnissen zeigt sich die Intoleranz des Staates und die Rolle der Polizei
43 als Unterstützer des Kapitals allzu deutlich, und nun soll die Polizei das mit
44 noch mehr Macht und noch weniger Angst vor Sanktionen bei Fehlverhalten
45 tun können. Anstatt also eine solidarische Gesellschaft zu fordern, gibt es bei
46 vielen Menschen nur den Wunsch, sich wieder auf das Nationale zu beziehen.
47 Der Staat, wird als Schutz vor Elend und Verarmung, die durch den Kapita-
48 lismus produziert werden, gesehen. Dabei ist er es, der mit Hilfe der Polizei
49 immer wieder Zwangsmaßnahmen durchsetzt, Eigentumsverhältnisse schützt
50 und damit ein wichtiger Teil dieser kapitalistischen Gesellschaft ist.

51 Die Polizei ist, insbesondere bei Spezialeinheiten und hohen Rängen, nach wie
52 vor ein Männerbund, der sich immer wieder auf falschen Korpsgeist beruft. Das
53 Idealbild eines Polizisten entspricht immer noch der toxischen Männlichkeit,
54 die nach wie vor von konservativen, rechten Ideologien gespeist wird. Der Poli-
55 zist soll hart sein, durchgreifen können; die einzigen erlaubten Emotionen sind
56 Wut und Hass. Welche Auswüchse das haben kann, zeigt sich unter anderem an
57 der Tortur, die Frauen* erleben, wenn sie sexualisierte Gewalt bei der Polizei
58 anzeigen wollen oder an den, durch einen Großteil der Gesellschaft legitimier-
59 ten, Gewaltausbrüchen seitens der Polizei, wie es vor zwei Jahren beim G20-
60 Gipfel in Hamburg der Fall war. All das, während der NSU jahrelang mordend
61 durch Deutschland ziehen kann und die Anwältin einer Nebenklage im NSU
62 Prozess von Polizist*innen aus Hessen mit dem Tod bedroht wurde, während in
63 Chemnitz der Völkische Mob Migrant*innen, Journalist*innen und Gegende-

64 monstrant*innen jagt und die Polizei daneben steht und nichts gesehen haben
65 will, während die Polizist*innen die Oury Jalloh in einer Gefängniszelle ermor-
66 det haben noch auf freiem Fuß und sogar im Dienst sind, während ein Polizist
67 und vermutlich einige Kolleg*innen Drohbriefe an unsere Genoss*innen aus
68 der Rigaer Straße schicken, während die Polizei täglich gezielt PoC kontrol-
69 liert, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen usw. Dies zeigt die Wichtigkeit
70 von antikapitalistischer, antifaschistischer, antirassistischer und feministischer
71 Kritik am Nationalstaat und den neuen Polizeigesetzen.

72 Bürgerliche Parteien, wie die Union, SPD und Grüne schaffen mit diesen neu-
73 en Polizeigesetzen ein Instrument, welches sich hervorragend zur Verfolgung
74 politischer Gegner*innen eignet. In Zeiten des Rechtsrucks bieten sie damit
75 nicht nur eine Steilvorlage für faschistische Politiker*innen, die bereits in den
76 Parlamenten sitzen, sondern machen sich auch selbst zum Teil der autoritären
77 Revolte. Dabei kommt die Gefahr nicht nur aus Teilen des Parlaments, sondern
78 auch von “Wutbürgern” und militanten Nazis auf der Straße. Dass jene nicht
79 derart von der Gesetzesverschärfung betroffen sein werden, zeigt sich an der
80 Verharmlosung rassistischer Brandanschläge, der direkten Unterstützung des
81 Nationalsozialistischen Untergrunds und ihrem Terrorismus durch staatliche
82 Behörden.

83 Der fzs solidarisiert sich mit Bündnissen und Menschen, die gegen die neuen
84 Polizeigesetze in den einzelnen Bundesländern protestieren. Außerdem lehnt
85 der fzs eine Ausweitung der Polizeilichen Befugnisse und Rechte ab.

Begründung

Alles Weitere erfolgt mündlich

AntragstellerInnen

AStA Leibniz Uni Hannover